

Zur Orgesch in Baden 1920/21

Ein Beitrag zum Erscheinungsbild des politischen Radikalismus in der Frühphase der Weimarer Republik

VON HELMUT NEUMAIER

Politischer Radikalismus ist als diejenige Haltung gekennzeichnet worden, die es der Geschichte nicht verzeiht, einen anderen als den ihr zgedachten Weg eingeschlagen zu haben¹. In der Frühphase der Weimarer Republik ist so gut wie das gesamte politische und gesellschaftliche Spektrum beiderseits der die neue Staatsform zu tragen bereiten Parteien obige Feststellung zu untermauern geeignet. Man kann Radikalismus im engeren Sinne eingrenzen auf diejenigen Gruppierungen, die entschlossen waren, in aktivem Vorgehen die Ergebnisse des staatlichen Umsturzes vom November 1918 rückgängig zu machen (Kapp-Lüttwitz-Putsch) beziehungsweise auf die, denen sie nicht weit genug gegangen waren und sie weiterzutreiben wünschten (Ruhraufstand, Mitteldeutschland Frühjahr 1921).

Über dieses klassische Rechts-/Linksschema hinaus hat es einen weit weniger spektakulären und deshalb unbekannteren rechten (auch linken) Radikalismus gegeben. Er läßt sich definieren als tiefgehende Unzufriedenheit mit den Verhältnissen der frühen Republik – bei Fehlen von primär restaurativen Bestrebungen –, die erst aufgrund konkreter Situation (Furcht vor dem kommunistischen Aufstand, drohender Einmarsch Frankreichs) in Aktionsbereitschaft umschlagen und weit in die politische Mitte übergreifen konnte. Hierher gehört die Organisation des bayerischen Forstrats Georg Escherich (1870–1941), nach ihrer Berliner Telegrammadresse kurz Orgesch genannt². Anhand ihres badischen Zweiges, der sich

1 *Alfred Meusel*: Der Radikalismus, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie. N.F. 4 (1925) S. 58.

2 Zur Literatur hier nur *Günter Axhausen*: Organisation Escherich (Leipzig 1921); *Erwin Rosen*: Orgesch (Berlin 1921); *Rudolf Kanzler*: Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus (München 1931); *Herbert Speckner*: Die Ordnungszelle Bayern. Diss. phil. Erlangen 1955; *Thilo Vogelsang*: Reichswehr, Staat und NSDAP (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 11, 1962) S. 23ff.; *Gerhard Schulz*: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik (Berlin 1963) S. 329ff.; *Francis L. Carsten*: Reichswehr und Politik 1918–1933 (Köln 1964); *Michael Salewski*: Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927 (= Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik 24 (München 1966) S. 87ff.); *Hans Fenske*: Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918 (Berlin 1969); *Wolfgang Benz*: Süddeutschland in der Weimarer Republik. Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse (Berlin 1970); *Horst G. W. Nußer*: Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918–1933 (München 1973); *Jens Flemming*: Die Bewaffnung des ›Landvolks‹. Ländliche Schutzwehren und agrarischer Konservatismus in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 26/2 (1979) S. 7ff.; für Baden immer noch *Adam Remmele*: Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden (Karlsruhe 1925) S. 99ff. Zur DDR-Geschichtsschreibung nur *Erwin Könnemann*: in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahr 1945. Hg. *Dieter Fricke* u. a., 2 (Berlin 19) S. 459ff.

erst seit kurzem aufgrund eines neuen Quellenfundes³ näher fassen läßt, wird versucht, eine bemerkenswerte Symbiose von manifestem und latentem Rechtsradikalismus vorzustellen. Obwohl (oder gerade weil) die Darstellung sich auf die zum Nachweis der Orgesch in Baden führenden Ermittlungen beschränkt, sind einige grundsätzliche Bemerkungen vonnöten.

1. Die kurzzeitige kommunistische Beherrschung Münchens (April 1919) hatte auf Bürgertum und Landbevölkerung als schockartiges und jederzeit wiederholbares Erlebnis gewirkt. Die sozialdemokratische Regierung Bayerns regte deshalb die Aufstellung von örtlichen und dann kleinräumigen Wehrverbänden an, die jedoch alsbald ihrer Kontrolle entglitten und rasch politisches Eigenleben entfalteten. Als sie sich unter Escherich als ›Landeshauptmann‹ zur Bayerischen Einwohnerwehr (ca. 470000 Mitglieder) zusammenschlossen, stellten sie eine Macht dar, nicht unbeteiligt sowohl am Sturz der bisherigen Regierung als auch an der Regierungsübernahme des konservativen G. von Kahr. Als Folgewirkung geriet die Einwohnerwehr in ein nationalistisch-konservatives und antisozialistisches Fahrwasser.

2. Die Furcht vor allem, was als rot galt, veranlaßte die Zusammenfassung sämtlicher Selbstschutzverbände mit Escherich als ›Reichshauptmann‹ (Mai 1920). Diese Gründung, die Orgesch, hatte eine andere Sozialstruktur als die Bayerische Einwohnerwehr, da die Führungspositionen viele Baltikumer, Freikorpsoffiziere und Angehörige der Marinebrigade Ehrhard einnahmen. Vereinfacht gesagt, verstand sich die Einwohnerwehr a) als ›Flurschutzeinrichtung‹, die Orgesch als Hort des Revisionismus gegen den November 1918 und den Versaillers Vertrag, b) war die Einwohnerwehr – Escherich hielt auf strikte Trennung beider Einrichtungen – offiziell bewaffnet, während die Orgesch insgeheim Waffendepots anlegte. Wann immer ein solches Lager entdeckt wurde, rief das in der französischen und in der Presse der sozialistischen Parteien helle Aufregung hervor – hier die Furcht vor Umgehung der Bewaffnungsbestimmungen von Versailles, dort die Bewaffnung ›weißer Garden‹ zur Niederwerfung des Proletariats. Ob die Deponierung von Waffen im Sinne Escherichs war, geht aus den Quellen nicht eindeutig hervor. Er selbst betonte die Waffenlosigkeit der Orgesch, doch ist schwer vorstellbar, daß Waffenlager gegen seinen Willen angelegt wurden. Vielleicht kann seine Beteuerung am ehesten dahingehend interpretiert werden, daß die Orgesch nicht wie die Einwohnerwehr Waffen trug, im Handlungsfalle aber damit versehen werden konnte.

3. Der zentrale Begriff im politischen Denken Escherichs⁴ ist ›Mitte‹ als Chiffre für Mittelstand und Bauerntum zwischen den Polen Industriearbeiterschaft und Industriekapitalismus. ›Gesund‹ ist der zweite Schlüsselbegriff, wobei ›gesund‹ und ›Mitte‹ deckungsgleich sind. Die ›gesunde Mitte‹ – Gelehrte, Ärzte, Geistli-

3 Badische Staatsanwaltschaft Mosbach D. I. 1002/21 (3 Faszikel). Verf. ist Herrn Rechtspfleger D. Linhart und Herrn Ltd. Oberstaatsanwalt Dr. B. Kühn für die Zugänglichmachung der Akten zu bestem Dank verpflichtet.

4 Dazu G. Escherich: Der Bauer und der Landfriede. Die Tragödie des deutschen Mittelstandes. Zwei Vorträge (= Schriftenreihe der Preußischen Jahrbücher 13, Berlin 1922).

che, Kaufleute, Beamte, Bauern – bilden bestes ›Volkstum‹ und als solches das Optimum in Escherichs politischem Wertesystem, aber auch das gefährdetste. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Forstrat sich als Arzt am Krankenbett eines kranken Volkskörpers sah, Mittelstands- und Landvolkmobilisierung als Therapie anbietend. Vor allem das Bauerntum galt es gesund zu halten, denn in ihm verkörpert sich die Wehrfähigkeit des Volkes. Schleichende wirtschaftliche und seelische Proletarisierung ist die drohende Krankheit, an welcher der Eigennutz der sozialistischen Führer die Schuld trägt, verantwortlich für den wirtschaftlichen Niedergang wie die politisch-militärische Schwäche des Reiches. Andererseits hat das Phänomen des Proletariats, die Vermassung mit eigenem seelischem Habitus, der Kapitalismus zu verantworten. Er wie die Führer der sozialistischen Parteien haben sich von der ›Mitte‹, von der ursprünglich ›gesunden‹ gesellschaftlichen Ordnung gelöst und damit zersetzende Kräfte freigesetzt.

Escherich hat seine Prägung im Kaiserreich erfahren, doch anders als z. B. Kapp konnte er sich das Reich, für ihn etwas gleichsam Metaphysisches, auch als Republik vorstellen, nur eben als von der ›Mitte‹ aus organisierten Staat mit festem außen- und innenpolitischem Behauptungswillen. Kein Hehl machte er aus seinem Ziel, mittels eines Milizheeres mit Bauern als Kern die Fesseln von Versailles abzuwerfen. Ein Illusionist ist Escherich jedoch nicht gewesen, da er die Rückgewinnung der einstigen Machtstellung des Reiches als langfristige Aufgabe begriff. Erst wenn sich die europäische Mächtekonstellation grundsätzlich von Versailles gelöst hatte – er dachte offensichtlich an einen englisch-französischen Gegensatz – würde dem Reich die Rüstung für den Revanchekrieg geliefert. Bis dahin galt es Deutschland vor jeder Erschütterung, jeder vorzeitigen Vergeudung seiner Kraft zu bewahren. Darin resultiert die erklärte Frontstellung gegen die sozialistischen Parteien, aber auch die Verurteilung des Kapp-Lüttwitz-Unternehmens als törichtem Verhalten.

4. Von Beginn ihres Bestehens an standen Einwohnerwehr und Orgesch unter dem Verdikt der Auflösung. In diesem Punkt blieben die Siegermächte unnachgiebig, auch wenn der päpstliche Nuntius Pacelli (Papst Pius XII.) persönlich beim französischen Staatspräsidenten intervenierte. Die Reichsregierung hätte die Wehren gerne verboten, fand sich aber in der zwiespältigen Lage, sie verteidigen zu müssen. Dagegen verbot Preußen sie kurzerhand, doch ohne daß die Maßnahme die Orgesch in ihrer Bewegungsfreiheit auch nur im mindesten eingeengt hätte. Es war der Druck der Sieger, der die Reichsregierung endlich zwang, im Sommer 1921 Verbot und Auflösung auszusprechen.

5. Die Haltung der süddeutschen Staaten war uneinheitlich. Galt die Bayerische Einwohnerzahl zurecht als Protegé der Regierung, betrachtete man in Württemberg die Orgesch als notwendiges Übel. In der Person des sozialdemokratischen Polizeiwehrdirektors Paul Hahn (1883–1952) fand sie hier einen allerdings mehr als nur Befürworter. Daß die Regierung Badens sie keinesfalls dulden würde, war der Orgesch von Anfang an klar, weshalb sie ihren Aufbau im geheimen betrieb. Wie sich später zeigte, war in Karlsruhe eine ›Landesleitung‹ als

Koordinationszentrale, Instrument zur Beeinflussung der Presse, Geldbeschaffung u. ä. aufgezogen worden; für den Mobilisierungsfall stand ein General a. D. als ›militärischer Landesleiter‹ bereit. Den ›Gruppenleitungen‹ Baden-Süd, -Mitte und -Nord oblag Werbung und Formierung von Mitgliedern, vor allem unter der Landbevölkerung. Hauptmann a. D. Erich Damm, Leiter der Gruppe Nord in Heidelberg, gelang binnen kurzem nicht nur der Aufbau eines funktionsfähigen Unterführerkaders, sondern auch die Schaffung einer milizähnlichen Truppe, deren Stärke mit einigen tausend Mann nicht zu hoch gegriffen sein dürfte.

Es erstaunt nur auf den ersten Blick, daß Escherich die regionalen Führungsränge seiner Organisation auf die Wahrung der Reichsverfassung verpflichtete. In diesen Kreisen brachte man der Republik bestenfalls Verachtung, meist blanken Haß entgegen. Die mit Händen zu greifende Neigung zum Putschismus, die Ziele des Forstrats ins Extreme steigernd, lief der ›Gesundung‹ des Reiches zuwider.

6. Auf der Gegenseite zeigte die badische Regierung mit dem sozialdemokratischen Innenminister Adam Remmele (1877–1951) als treibender Kraft sich entschlossen, der Orgesch keinen Schritt entgegenzukommen. Ihre Existenz mußte unweigerlich zu tiefen Beunruhigungen innerhalb der Arbeiterschaft führen, bei der ohnehin eine nicht geringe Abwanderungstendenz zu den Kommunisten konstatiert wurde. Nicht weniger kannte Remmele als Minister eines Grenzlandes die ernstgemeinte Drohung Frankreichs, bei Bekanntwerden der Orgesch erfolgte die Besetzung. Als im März 1921 bei Bodman (Bodensee) ein Waffentransport aufgebracht wurde und die Spuren nach Württemberg führten, ahnte Remmele, daß die Orgesch nach Baden ausgegriffen hatte, ohne sich allerdings der Tragweite des Vorgangs bewußt zu sein. Wenige Wochen darauf offenbarten ihm die in Osterburken, Stuttgart und Heidelberg durchgeführten Ermittlungen den Umfang des Rechtsradikalismus.

Daß Waffen in Osterburken und Umgebung gelagert wären, kam Remmele Anfang Mai zu Ohren. Zu Beginn der zweiten Maiwoche führte der Karlsruher Kriminalbeamte Schöllig auf dem Osterburkener Bahnhof und dem fürstlich-leiningischen Pachthof Seligental noch ergebnislos Befragungen durch. Da Schöllig gezielt an zwei Plätzen, wo wenige Tage darauf wirklich Waffen entdeckt wurden, seine Ermittlungen vornahm und das nur kurze Zeit nach der Deponierung, ist von örtlicher Anzeige auszugehen. Bei der staatsanwaltlichen Untersuchung erklärte Mechanikermeister Josef Ellwanger, von einem Bahnarbeiter gesprächsweise von Waffenanlieferungen gehört zu haben. Fuhrwerke von Seligental wären in der Nacht vom 7./8. Mai leer zum Bahnhof und beladen wieder zurückgefahren. Am Morgen des 12. Mai teilte ihm Wagenmeister Krug mit, er habe in einem Eisenbahnwaggon eine größere Anzahl Gewehre gesehen. Mit dieser Information schickte Ellwanger einen seiner Söhne zur Mosbacher Staatsanwaltschaft. Offenbar erfolgte die Anzeige in zwei Stufen. Auf erste Gerüchte oder auch eigene, vielleicht noch vage Beobachtungen wandte Ellwanger sich unmittelbar an das Innenministerium, das Schöllig mit Nachforschungen beauf-

trage. Nach der Konkretisierung der Verdachtsmomente durch den Wagenmeister erfolgte als zweiter Schritt die Anzeige in Mosbach.

Sie wurde Auslöser für die Aufdeckung der Orgesch in Baden. Oberstaatsanwalt Mehl begab sich am 13. Mai nach Osterburken und eröffnete dem Bahnverwalter den Grund seines unangemeldeten Kommens. Dieser wollte nichts von einem Waffenlager wissen, doch Mehl wußte genau, wo er zu suchen hatte. Der bei der Güterhalle stehende Umladewaggon und ein anderer Wagen erwiesen sich als leer, doch dafür wurde er in dem beim Pumpwerk abgestellten, sonst das Feuerlöschgerät aufnehmenden Waggon fündig; 269 Infanteriegewehre Modell 98, 86 Karabiner, 11 Kisten Munition (13 545 Schuß) und ein Seitengewehr. *Und zwar lagerten Waffen und Munition durcheinander, ganz ungeordnet, wie wenn sie in Eile und nur vorübergehend da untergebracht wären . . . Nach dem ganzen Eindruck den man von der Lagerung und dem Zustand der Waffen hatte scheinen Waffen und Munition noch nicht lange da gelagert zu haben und erst in den letzten Tagen dahin gekommen zu sein.* Diese Schlußfolgerung des Oberstaatsanwalts sollte sich als richtig erweisen. Bei raschem Vorgehen bestanden gute Aussichten zur Aufhellung der Hintergründe.

Tags darauf setzte Mehl die Ermittlungen fort. Wagenmeister Krug trug vor, was er beobachtet hatte. Der sonst unverschlossene Umladewaggon war seit kurzem mit einem Vorhängeschloß versperrt. Der nach dem Grund befragte Betriebsaufseher gab vor, der Wagen sei vom Pächter des fürstlich-leiningischen Hofes Marienhöhe gemietet worden. Der habe von einer größeren Sendung Mais einen Teil noch nicht abtransportieren können, und um ihn nicht in der Güterhalle Rattenfraß auszusetzen, sei ihm vorübergehend der Wagen überlassen worden. Dem entgegen stand die Aussage des Wagenmeisters, wonach am Tage seiner ersten Wahrnehmung der Waggon offen und leer war. Stattdessen versperrte ein Schloß den Wagen mit dem Feuerlöschgerät bei der Abstellrampe. Der Betriebsaufseher führte es auf eine Anordnung des Bahnverwalters zurück, da der Wagen immer wieder zur Verrichtung der Notdurft mißbraucht worden wäre. Etwas später stand die Tür aber offen; der Inhalt bestand nur in einer Kiste, die Krug sofort als Munitionsbehälter erkannte. Als er nach der Mittagspause wieder nachsah, war sie verschwunden, doch zeigten Spuren, daß sie gegen das Pumpwerk hin herausgezogen worden sein mußte. Er stellte dann fest, daß jetzt der Löschwagen verschlossen war, sich vor dessen Tür Trittspuren und in der gegen das Städtchen führenden Güterstraße sich tiefe Spurrillen von Gespannen abzeichneten. Durch das Fensterchen des Waggons sah er die Waffen.

Die Sache habe er sich *so zusammengereimt*, daß sie unter der Deklaration als Mais hierhergeschickt und zunächst im Umladewaggon deponiert worden wären. Im weiteren Gang der Ermittlungen erwies sich das als nur teils richtig, lieferte jedoch die Presse Stoff zu als Mais getarnten Waffenstransporten. *Wer die Hand im Spiel hätte*, wisse er nicht, doch werde seit letzten Sonntag (8. Mai) in Osterburken von nächtlichen Fuhren gemunkelt; *nachher wurde davon gesprochen, daß es Fuhrwerke von Marienhof, Dörrhof und Seligental gewesen sein könnten, und daß die*

Hofpächter in jener Nacht hier gewesen seien. Dies letzte wurde dann weiter in Zusammenhang gebracht mit dem Waffenlager bei der Güterhalle. Die Bemerkung verrät, daß Krug nicht zufällig die Waggons in Augenschein genommen hatte.

Der Heizer des Pumpwerks, Burkhard Schmitt, bestand bei der Befragung darauf, von allem nichts gewußt zu haben. Merkwürdigerweise fand sich in seiner Gerätekiste das Seitengewehr, was er damit kommentierte, jemand hätte ihm wohl einen *Tück* spielen wollen. Das politische Klima im Umfeld der Waffendeponierung wird aus seiner folgenden Äußerung ersichtlich: *Die Hauptsache ist jedenfalls, daß das Waffenlager jetzt in die Hände der Regierung kommt... Ich empfinde es als eine Schmach, wie wir die Waffen weggeworfen haben, und glaube, daß wir sie noch einmal gebrauchen, und die wir haben, braucht man nicht mehr zu machen.* Sein Ehrgefühl gestatte ihm nicht, Waffen an den Feindbund, *der so mit uns umgeht*, auszuliefern. Dieses Motiv sollte noch mehrmals anklingen.

Befragt wurde auch Bürgermeister Otto Bauer, den man also irgendwie mit der Angelegenheit in Verbindung brachte. Auch er habe gerüchteweise von Waffen und der Zusammenkunft der Gutspächter gehört, sogar Beschwerden wegen Lärmbelästigung hätte man an ihn herangetragen. Es sei so gewesen, daß die Herren vom ›Club Bauländer Landwirte‹⁵ im Gasthaus ›Schwanen‹ so zechten, daß gewiß keiner der Anwesenden zu irgendeiner Aktion mehr imstande gewesen wäre. *Allgemein glaube man, die Waffen seien auf die Franzosen gemünzt, ihnen geklaut... und vor ihnen, möglicherweise sogar gegen sie versteckt, da man in bälde mit einer Besetzung der Bahnlinie Mannheim-Würzburg rechne.* Die Osterburkener Gendarmerie erhielt den Befehl, den Teilnehmerkreis des Treffens vom 7./8. Mai festzustellen. Er bestand u. a. aus den Gutspächtern Eugen Rudolf von Marienhöhe, Fritz Wittmer von Seligental, Gemeinderat Ludwig Rödder und – bemerkenswert – Burkhard Schmitt und Bürgermeister Bauer! Übereinstimmend – so der Gendarmeriebericht – berief man sich auf Trunkenheit, besonders Wittmer sei völlig alkoholisiert gewesen. Die nächtlichen Fuhren begründeten die Teilnehmer als übliche Maitouren junger Leute. In ihrer Tragweite vermochte der Oberstaatsanwalt damals eine Stelle im Gendarmeriebericht noch nicht zu erkennen, wonach bei dem angeblichen Gelage auch ein Unbekannter zugegen war. Wie es sich später herausstellen sollte, handelte es sich um Hauptmann a. D. Erich Damm, die Schlüsselfigur der Orgesch in Baden.

Über den Waffenfund auf dem Bahnhof hinaus sah sich der Oberstaatsanwalt noch am Ausgangspunkt. Das änderte sich, als er am 18. Mai den Obereisenbahnsekretär August Honikel vernahm. Er wußte höchst Interessantes zu berichten: In der Nacht vom 25./26. März fuhr ein Panzerzug der Württembergischen Verkehrswehr, aus dem mitteldeutschen Aufstandsgebiet kommend⁶, in Osterburken ein. Wie es sich dann erwies, befehligte ihn ein Student Oskar Dirlewanger. Ein

⁵ Gegründet im Frühjahr 1918 als Interessenvertretung der Gutsbesitzer und -pächter; letzter Vorsitzender bis 1926 war Fritz Wittmer – Seligental.

⁶ Der Einsatz der Verkehrswehr in Sangerhausen richtete sich gegen Max Hölz; dazu nichts in der Literatur.

weiterer Panzerzug kam am 19. April gegen 19 Uhr an. Im Gespräch schlug der Kommandant, der sich später als Eisenbahnsekretär Eugen Hofmann identifizieren ließ, Honikel vor, in Osterburken einige der Panzerwagen abzustellen. Er lehnte ab, es fehle an Unterstellmöglichkeiten, so daß sie mit dem Berliner Schnellzug immer wieder durchfahrenden Ententeoffizieren auffallen würden. Drei oder vier Tage danach, kam der Herr wieder und stellte sich Honikel als *Kollege Hohmann oder Hofmann* vor. Die Entente sei auf die Württembergische Verkehrswehr aufmerksam geworden, und da man aus Mitteldeutschland zahlreiche Beutewaffen mitgebracht hätte, benötige man ein Versteck. Honikel akzeptierte aus *vaterländischem Empfinden und aus Kollegialität* die Unterbringung von einigen hundert Gewehren im Feuerlöschwagen. Im Zeitraum vom 28.–30. April nachts erschien der Herr erneut, die Sache sei erledigt, und händigte ihm den Schlüssel aus. Als etwas später der Karlsruher Kriminalbeamte Befragungen vornahm, mußte etwas durchgesickert sein, wobei Honikel den Mechanikermeister Ellwanger vermutete, *ein ganz übles Element . . . , ein Stänker, Aufpasser und Hetzer schlimmster Sorte*. Krug hätte überdies schon zuvor bemerkt, *in ein paar Tagen wird etwas kommen*. Es lag auf der Hand, daß Honikel eine Vertuschungsgeschichte auftischte, doch lehnte das Amtsgericht Adelsheim den Erlaß eines Haftbefehls noch ab. Remmele war sich im klaren, daß hinter der Sache mehr steckte. Er stattete den Oberstaatsanwalt mit weitreichenden Vollmachten aus, ordnete ihm Kriminalkommissar Becker von der Zentralpolizeistelle zu und stellte ihm vom 19. Mai an den Dienstwagen des badischen Polizeiobers zur Verfügung. Vor allem ersuchte man württembergische Regierungsstellen um die Erlaubnis zur Ausdehnung der Ermittlungen auf Stuttgart. Am 21. Mai begab sich der Kriminalkommissar dorthin. Auf dem Weg zur Eisenbahngeneraldirektion wurde er in die Einfahrt des alten Schlosses zurückgerufen, *wo Herr Polizeiwehrdirektor Hahn sich empört zeigte über diese neuerliche Waffenverschiebung. Er äusserte sich, daß es sich zweifellos wieder um schwarze Studentenwaffen handeln könne, die mit Lastkraftwagen nach Osterburken gebracht worden seien*. Die Benützung der Eisenbahn hielt er für ausgeschlossen. Offensichtlich wollte Hahn jedem Verdacht der Beteiligung der Verkehrswehr oder der Mitwisserschaft amtlicher Stellen vorbeugen. Mit dem Transport per Lastkraftwagen durch Studenten hatte es aber seine Richtigkeit. Damit wird offenbar, daß Hahn wußte, was gespielt wurde. Im Verlauf der Ermittlungen gewannen Oberstaatsanwalt und Kriminalkommissar auch den Eindruck, Hahn sei sehr wohl im Bild.

In Anwesenheit des württembergischen Kriminaloberkommissars Spieth rief ein Mitglied der Leitung (sc. Verkehrswehr) den Eisenbahnsekretär Eugen Hofmann herbei. Dieser erklärte sich bereit, Honikel, gegen den inzwischen doch Haftbefehl erlassen worden war, in Mosbach gegenübergestellt zu werden. Hier bestätigte er, Honikel wäre nicht derjenige gewesen, mit dem er seinerzeit wegen Unterbringung der Panzerwagen verhandelte – das war selbstverständlich richtig, denn darüber hatte man nie gesprochen. In dieser Situation beging Honikel einen schwerwiegenden Fehler. Der andere Herr habe, wie er sich jetzt erinnere, eine Kopfbedeckung

getragen; sie zuerst für eine Mensurmütze haltend, bemerkte er darunter einen Kopfverband – die entscheidende Spur. Hofmann ergänzte, daß der von ihm zurückgeführte Panzerzug ›Ostfahrt Uhland‹ bei der Einfahrt in Sangerhausen am 26. März sofort beschossen wurde und nach zehn Minuten bereits einen Toten und 24 Verwundete unter der Besatzung hatte.

Während des Aufenthalts bei der Rückführung des Zuges sprach er am 19. April tatsächlich mit Honikel über die Geschehnisse in Sangerhausen. Was aber die Waffen angehe, sei zweifelsohne mit ihm *ein plumper Schwindel, wahrscheinlich durch Studenten*, getrieben worden. Oberstaatsanwalt wie Kriminalkommissar schien noch immer die Anlieferung auf dem Bahnwege möglich, vor allem deshalb, weil Krug darauf beharrte, in der fraglichen Nacht seien in Osterburken zwei nicht in den Kontrollbüchern verzeichnete Wagen eingelaufen. Ein Sachverständigengutachten bewies die Unhaltbarkeit der Behauptung.

Mit Honikel und Hofmann reiste der Kriminalkommissar am 2. Mai wieder nach Stuttgart. Seine Niederschrift ist als Stimmungsbild bemerkenswert: *In Stuttgart angekommen, begaben wir uns sofort zum Leiter der Verkehrswehr, Obereisenbahn-
amtmannt Dormich, und ersuchten diesen uns Einsicht in die Verwundetenlisten zu gestatten. Dies wurde bereitwilligst zugesagt. Telefonisch wurde diese Liste sofort herbeigeschafft und man fand auf der Verwundetenliste den Namen eines Oskar Dirlwanger, Stuttgart, der am Kopf eine Verletzung davongetragen hatte. Diesen Mann, den niemand beschreiben konnte, trotz seiner Führerrolle, die er in der Verkehrswehr bei den Kämpfen in Mitteldeutschland spielte, bat ich herbeizurufen. Weiter ersuchte ich auch den Kriminalkommissar Spieth vom Landespolizeiamt Stuttgart wieder beizuziehen. Spieth kam, Dirlwanger, der in Esslingen wohnt, liess telefonisch sagen, dass er mit dem Zug 10.51 in Stuttgart eintreffen werde. Es wurde 11 Uhr . . . , Dirlwanger war noch nicht erschienen. Man wartete weiter, und es kamen zwei junge Leute, die man sofort als Studenten erkannte, gesellten sich zu uns . . . Es wurde nun nahezu 12 Uhr, als ein weiterer Student, Otto Bauer . . . eintraf und die Meldung brachte, er habe in Esslingen am Bahnhof Dirlwanger getroffen, wie er im Begriff stand, zu einer Besprechung nach Augsburg zu fahren. In letzter Minute sei man ihm noch auf die Bude gerückt, er melde sich nach Oberschlesien. Dirlwanger habe ihn gebeten, ihn bei der Leitung der Verkehrswehr zu entschuldigen. Die Unglaublichkeit dieser Mitteilung war dem Bauer sofort anzumerken, weshalb ich nochmals an die Dirlwanger'sche Wohnung telefonieren liess, und dort den Bescheid erhielt, Dirlwanger sei nach Stuttgart abgefahren und habe um 9 Uhr die Wohnung verlassen. Nun bequeme sich Bauer zu der Ausrede, auf dem Weg zum Bahnhof sei Dirlwanger von Kommilitonen angesprochen worden und habe sich zu diesen in das Auto begeben um nach Augsburg zu fahren. Inzwischen war auch Bücheler (= Angehöriger der Verkehrswehr) wieder eingetroffen. Dieser übersah die Situation und als ich erklärte, sofort abzureisen, (ich wollte täuschen, um dann Dirlwanger umso sicherer anzutreffen) fragte er ganz offen: »Wird Dirlwanger eingesperrt, wenn er zugibt, dass er mit H. in Osterburken sprach und verhandelte und wenn er jetzt vor ihnen erscheint?« Ich verwies Bücheler mit dieser Frage an . . . Spieth. Dieser wollte*

zuerst keine bindende Antwort geben, sagte aber schliesslich, dass Dirlwanger nicht fluchtverdächtig sei und daher eine Verhaftung kaum zu befürchten habe. Ein jeder der Anwesenden wußte es . . . , dass D. schon im Haus war und zweifellos eine Besprechung stattgefunden habe, wie weit Dirlwanger eventuell mit seinen Aussagen gehen dürfe. Die Vermutung Beckers traf ins Schwarze; hätte er nur gewußt, wer an der Besprechung teilgenommen hatte.

Um 14 Uhr endlich stellte sich Dirlwanger in Spieths Büro ein. Er und Honikel erkannten sich, wobei der Student zugab, mit diesem wegen Unterbringung von Panzerwagen, nicht aber wegen Waffen gesprochen zu haben. Während das Protokoll vorbereitet wurde, unterhielt man sich, wie Becker vermerkte, *gesellschaftlich über die Vorgänge. Hierbei legten sowohl Dirlwanger, Canzler und Hofmann genaues Wissen an den Tag, dass württembergische schwarze Waffen in grosser Zahl vorhanden seien und dass man auf den ersten Mai hin, da mit Besetzungen seitens der Franzosen zu rechnen war, mittels Kraftwagen Waffen und Munition in grosser Zahl hätte umlagern müssen. Man sprach von der Überführung grosser Waffenbestände nach Bayern (Miltenberg), es wurden als Waffenlager Orte genannt wie Crailsheim und Mergentheim. Es wurden 2 Batterien erwähnt, die noch in Stuttgart stünden, man sprach davon, wie sich viele Studenten der Verkehrswehr nach Oberschlesien freiwillig meldeten und zum Teil bereits abgereist seien.*

Das war eine neue Variante – vor einem französischen Einmarsch zu versteckende Waffen sollten vor der Verbringung nach Bayern in Osterburken zwischengelagert werden. Jetzt beging Dirlwanger, zweifellos aus Überheblichkeit, Fehler, die letztlich die badische Orgesch ans Messer lieferten: *Die drei, die die Waffen mit Lastwagen weggebracht und die in Osterburken versteckt hätten, dass diese bis morgen (= 21. Mai) längst über alle Berge seien.* Honikel empfahl er, seine Aussagen einfach zu widerrufen und alles auf Hauptmann Damm abzuwälzen, der in München in Sicherheit wäre, *und den bekommt die badische Regierung doch nie.* Wes Geistes Kind dieser Dirlwanger war, zeigte sich, als ihn Becker auf eine mögliche eidliche Aussage hinwies. Er, der im Zweiten Weltkrieg traurige Berühmtheit erlangte⁷, gab zur Antwort, *dass man in einer solchen Ehrensache wohl einen Meineid leisten dürfe, umso mehr, als dass der gebrochene Fahneid eines jeden Deutschen, der Soldat war, meineidig gemacht wurde.* Der Student August Canzler gab zu Protokoll, von Dirlwanger den Auftrag erhalten zu haben, für Unterstellmöglichkeiten gepanzerter Wagen zu sorgen. *Auftragsgemäß* wandte er sich an den Studenten Fritz Keller, der ihn an die Adresse eines Fräulein Scherrer in Heidelberg verwies. Dort habe er Hauptmann a. D. Damm angetroffen, der jedoch auch keinen Rat wußte.

Becker kam zum vorläufigen Ergebnis, daß Studenten der Verkehrswehr, *vielleicht mit, vielleicht ohne Wissen der Leitung derselben, Waffen nach Osterburken verbrachten, um sie wie von dem Honikel angegeben wurde, vor den Franzosen zu retten.* Auch wenn Becker noch immer nicht ahnte, was gespielt wurde – erstmals war der Name

⁷ Zu ihm *Hellmuth Auerbach*: Die Einheit Dirlwanger, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 10 (1962) S. 250 ff.

Damm gefallen. Was hatten die Württemberger mit ihm, dessen Post über die Zwischenstation Kreistierarzt Dr. Scherrer in Heidelberg ging, zu tun?

Da das württembergische Justizministerium am 22. Mai dem Mosbacher Oberstaatsanwalt in Stuttgart tätig zu werden erlaubte, vernahm Mehl in Eßlingen Dirlewanger, um ihn dann nach Mosbach mitzunehmen. Dirlewanger beharrte darauf, es sei bei den Verhandlungen mit Honikel nur um die Unterstellung von Panzerwagen gegangen. Weil der Bahnbeamte ablehnte, wandte er sich an den ihm seit dem Kriege bekannten Damm. Wiedergetroffen habe er ihn erst wieder am 22. Mai in Stuttgart, wo der Hauptmann erwähnte, daß man wegen Waffenverbergerung vor der Entente an ihn herangetreten sei. An der Version der Zwischenlage- rung hielt Dirlewanger weiter fest, aber die Verkehrswehr *an sich* hätte nichts damit zu tun; außerdem verrate er keine Kameraden.

Zwei Tage darauf stellte man ihn erneut Honikel gegenüber. Im übrigen wurde der Haftbefehl gegen Dirlewanger bald aufgehoben, und der Student nützte die Gelegenheit, sich schleunigst nach Oberschlesien abzusetzen. Die Sache nahm nun eine neue Wendung. Angeblich hatte Honikel den Eindruck gewonnen, die Württemberger hätten ihn *hängen lassen, weshalb er jetzt die reine Wahrheit* bekenne. Was er so nannte, war nichts anderes, als mit der Figur eines geheimnis- vollen Unbekannten einen besonders undurchsichtigen Schleier über die Verbin- dung Stuttgart-Heidelberg zu legen. In der ersten Aprilwoche sei dieser Unbe- kannte mit einem Schreiben Damms zu ihm gekommen, ob er als Leiter der Bahnhofwehr nicht behilflich sein könne, *schwarze Waffen* der Verkehrswehr vorübergehend vor den Franzosen zu verstecken. Trotz vieler Bedenken schlug er den Feuerlöschwagen vor. Der Unbekannte wollte die Waffen mit Lastwagen – das ließ sich beim besten Willen nicht mehr bestreiten – hierherbringen. Einige Tage darauf fuhr der Panzerzug Dirlewanger in Osterburken ein, dem am 20. April der von Hofmann geführte folgte. Wieder zwei oder vier Tage danach suchten zwei Herren, einer von ihnen Dirlewanger, Honikel in seiner Wohnung auf, die Waffen seien untergebracht. Dirlewanger hätte sich am Gespräch nicht beteiligt und wäre wohl nur als Freund des anderen mitgekommen. Dessen Namen zu nennen, lehnte Honikel kategorisch ab. Befragt nach Damm, sagte er nur, diesen hätte er schon bald nach dem Ruhraufstand kennengelernt; später traf er ihn einige Male auf Treibjagden bei Wittmer-Seligental, zuletzt am 7. Mai im Gasthaus ›Karpfen‹, *wohin er mich bestellt hatte, zur Besprechung der Einrichtung der technischen Nothilfe*⁸.

Soviel steht fest, daß die Waffen aus Württemberg herübergebracht worden waren, Dirlewanger als Koordinator fungierte und als Transportleiter der Student und Oberleutnant Fritz Keller tätig war, den zwei weitere Studenten, Linde und August Canzler, unterstützten. Liegt die Art des Transports klar auf der Hand, sind Herkunft, Zeitpunkt und Umlagerung nicht mit letzter Sicherheit zu rekon- struieren. Was die Herkunft betrifft, gibt es nur einen einzigen Hinweis, nämlich

⁸ Die Teno und Orgesch arbeiteten eng zusammen; vgl. *Michael H. Kater*: Die ›Technische Nothilfe‹ im Spannungsfeld der Weimarer Republik, in: (wie 7) 27 (1979) S. 30ff.

eine an die Gruppenleitung Baden-Mitte gerichtete chiffrierte Nachricht vom 1. Juni. Hier heißt es, *das überzählige Polizeiwaffen, die uns zur Verfügung standen, jetzt auch vernichtet sind.* Wie den Aussagen der Studenten zu entnehmen ist, erwartete man die Ankunft der IMKK⁹. Das bedeutete, daß in Württemberg gelagerte Waffen, der ›Reichstreuhandstelle‹ zur Vernichtung zuzuführen waren. Das läßt einmal die Annahme zu, die in Osterburken entdeckten Waffen bildeten nur eine Vorhut, zum andern, sie stammen aus Beständen der Sicherheits- und Verkehrswehr. In diesen Punkten dürften die Studenten tatsächlich die Wahrheit gesagt haben. Der Antransport muß in der Nacht vom 7./8. Mai erfolgt sein. Das Treffen im ›Karpfen‹, zu dem chiffriert eingeladen wurde, diente gewiß nicht der Einrichtung der Technischen Nothilfe. Vielmehr handelte es sich um eine Versammlung unter dem Vorzeichen der Orgesch, wo Damm am Nachmittag vor Vertrauensleuten und unterer Führungsebene referierte, den Helfern bei der nächtlichen Waffendeponierung. Das Zechgelage im ›Schwanen‹ diente der Tarnung, denn die demonstrative Anwesenheit der Gutspächter und der Vertrauensleute war als Alibi gedacht. Die Nacht reichte nicht aus, alle Gewehre in ihre Depots zu verbringen, so daß man einen Rest in einem Eisenbahnwagen unterbrachte. Der Argwohn des Wagenmeisters Krug veranlaßte in einer Blitzaktion die Umlagerung in den Feuerlöschwagen.

Inwieweit amtliche württembergische Stellen mit dem Vorgang zu tun hatten, blieb eine offene Frage. Oberstaatsanwalt Mehl hegte die Überzeugung, Polizeiwehrdirektor Hahn wisse mehr. Unter dem 30. 5. und 1. 6. richtete die badische Regierung ein Gesuch über Vernehmung Hahns an das württembergische Justizministerium. Man lehnte ab, gestand aber zu, *Hahn werde in persönlicher Aussprache die erforderliche Aufklärung, soweit dienstliche Interessen dadurch nicht berührt werden, liefern.* Das Gespräch mit dem Mosbacher Oberstaatsanwalt fand wirklich am 24. Juni in Stuttgart statt; was den Inhalt betrifft, lassen uns die Quellen leider im Stich.

Bleibt einiges an Hintergründen leider im Ungewissen, spitzten sich in Osterburken inzwischen die Ereignisse zu. Ellwanger zeigte weitere Waffendepots an, worauf die katholische und evangelische Kirche, der mittelalterliche Stadtturm und das Sägewerk des Gemeinderats Ludwig Rödder ohne jedes Ergebnis durchsucht wurden. Am 27. Mai endlich stieß man im Dachraum der gottesdienstlich nicht mehr genützten Kilianskapelle vor der Nordostecke des Städtchens gegenüber Rödders Sägewerk auf ein Versteck. *Die Waffen waren sorgfältig ... auf dem Gebälk niedergelegt und aufgeschichtet. Das Ganze macht nicht den Eindruck, als ob man Eile gehabt und nur die auf kurze Zeit hätte lagern wollen:* 996 Gewehre und 5 Karabiner. Am folgenden Tage holte die Gruppenpolizei Heidelberg sie ab; Kriminalkommissar Becker berichtete: *Die Stadt bot schon vorher ein ungewöhnliches Bild. Es gruppierten sich junge Leute auf der Strasse, die den Waffenfund eifrig aber ruhig besprachen ... Es war bekannt, dass wieder Waffen gefunden waren. Als*

9 M. Salewski: Entwaffnung, S. 48 ff.

die Kraftwagen der Gruppenpolizei eintrafen, folgten ihnen einige Gruppen um in neugieriger Weise dem Abtransport beizuwohnen. Ich verhinderte dies durch Aufstellen von Absperrposten. Man hörte verschiedentlich Äußerungen, wie: »Drei Böllerschüsse genügte um den Abtransport zu verhindern«. Indes man unternahm nichts. Auf den umliegenden Höhen von Osterburken fielen drei scharfe Revolverschüsse, mit denen man offenbar dem Anzeiger Ellwanger Angst einjagen wollte, mit denen man aber auch demonstrativ zeigen wollte, dass ausser den Gewehren einzelne Bürger doch noch eine Handfeuerwaffe besaßen. Die Gewehre wurden gezählt und der Abtransport ging ruhig von statten ohne jegliche Störung. Die erregte Stimmung, die in der Stadt herrschte, richtete sich keineswegs gegen die Polizeibeamten und die Gendarmerie, sondern lediglich nur ... gegen Ellwanger und Genossen, die überall angepöbelt werden.

Die Annahme lag nahe, daß Rödder, der den Kapellenschlüssel verwahrte und in dessen Sägewerk sich eine genau passende Leiter fand, damit zu tun hatte. Er selbst war angeblich geschäftlich verreist, kam aber nicht an seinem vorgeblichen Zielort an. Am folgenden Tage stellte er sich und gestand, von der Lagerung gewußt zu haben. Den Vorgang stellte er so dar, daß angenommen werden muß, er habe sich zwischenzeitlich mit jemand beraten. Herrschte bisher die Version von Waffen der Verkehrswehr vor, brachte man jetzt die Reichswehr ins Spiel. Ein Herr in Zivil, sich als Oberleutnant vorstellend – den Namen hatte Rödder natürlich vergessen – habe bei ihm wegen Deponierung von Reichswehrwaffen, die er über den Etat besaß und die er vor den am 1. Mai einmarschierenden Franzosen versteckt werden müßten, vorgesprochen. Wahrscheinlich sei er auf ihn verfallen, weil ihm das Sägewerk als Versteck geeignet erschien. Rödder zeigte eine Bescheinigung vor, die entweder als Ausdruck von Unverfrorenheit oder als letztes Mittel der Verschleierung zu bezeichnen ist: Eine handschriftliche Erklärung, die Waffen wären Eigentum der Reichswehr, unterschrieben mit Windemann, Oberleutnant vom 23. April 1921, gestempelt mit 5. Reichswehrdivision – eine billige Nachahmung. Zur Deponierung, die der Offizier selbst vornehmen wollte, bemerkte Rödder treuherzig, wenn die Soldaten jenseits des Kirnaubaches, anfuhrten und die Waffen über den Kapellensteg in die Kilianskapelle schafften, konnten sie ganz ungestört und ohne Gefahr der Entdeckung arbeiten. Ganz auffällig lief seine Säge während der fraglichen Nacht ohne Pause; in der Nacht von Mitternacht 12 bis Vormittags 5 Uhr ist am Bahnhof alles ruhig und finster, es gehen keine Züge und man ist dort ganz ungestört – merkwürdig, danach hatte man ihn doch gar nicht befragt. Zum Motiv äußerte er: Ich war von jeher ein vaterlandsliebender und national fühlender Mann. Ich habe lediglich in dem Gefühl und in der Überzeugung gehandelt, dem Vaterlande in diesem Falle einen Dienst zu erweisen, wenn ich dazu helfe, Waffen vor den Franzosen zu verstecken ... Ich kann mich unmöglich strafbar gemacht haben. Denn (es) handelt sich um Waffen der Reichswehr, und stehe sogar auf dem Standpunkt, dass ihre Beschlagnahme unzulässig ist. Nach meiner Auffassung wäre das Waffenlager dem Entwaffnungskommissar nur anzuzeigen gewesen, wenn es sich in privaten Händen befunden hätte. Die rechtliche Argumentation spricht dafür, daß Rödder für den Fall der Entdeckung beraten worden war.

Innenminister Remmele lag alles daran, die Ermittlungen in höchster Eile und größtmöglicher Unauffälligkeit zu betreiben. Inzwischen aber war mehr an die Öffentlichkeit gedrungen, als ihm lieb sein konnte; vor allem der sozialdemokratische ›Volksfreund‹ hatte die Sache aufgegriffen. Es war nur eine Zeitfrage, bis die Angelegenheit zum äußerst gefährlichen Politikum avancierte. Die Gendarmerieposten östlich des Neckars wies man zu größter Aufmerksamkeit an. Außerhalb von Ortschaften gelegene Baulichkeiten wie Feldscheunen, Kapellen usw. wurden durchsucht, doch erst in Seligental entdeckte man das nächste Depot. Oberstaatsanwalt und Kriminalkommissar erschienen dort am 2. Juni gegen 22 Uhr in Begleitung der Osterburkener Gendarmerie und zwei Maurern. Vor der Wand des Rübenkellers räumte einen großen Haufen Queckenwurzeln beiseite, vor dem Fenster zwei Steintröge. Nach Öffnung des Fensterladens wurde die Füllung sichtbar: 1081 Gewehre, 183 Karabiner, 514 Seitengewehre, 13 Maschinengewehre Modell 08 und 43 des Modells 8/15 sowie 14 Kisten Munition (18988 Schuß).

Der aus dem Bett geholte Pächter Fritz Wittmer, erklärte, da die Waffen, *was er offen gesagt bedauere*, entdeckt seien, *könne er nicht mehr mit der Wahrheit zurückhalten*. Es war eine seltsame Wahrheit: Am Abend des 20. Oktober 1920 sprach ein uniformierter Oberleutnant der Reichswehr wegen Unterbringung von Waffen auf Seligental vor. Er wies sich mit Namen aus, *den ich aber, wie es bei solchen Vorstellungen geht, nicht gemerkt habe*, und mit dem Ausweis eines *Württ. Feld-Artillerie-Rgt. 13, II. Abteilung, Schmitthenner*. Abgesehen davon, daß das angebliche Dokument sich leicht als Schwindel erkennen ließ, bescheinigte es auch noch die badische Gruppenpolizei als Eigentümer der Waffen. Im Ernst können Wittmer und Rödder nicht erwartet haben, die Ermittler würden auf solch billige Täuschungen hereinfallen. Wie Wittmer zugab, sei er durch das Erscheinen des Kriminalbeamten Schöllig nervös geworden und habe mit der Entdeckung gerechnet. Es blieb, wie man die Äußerungen nur interpretieren kann, die Flucht in die Verächtlichmachung der Behörden.

Was den Vorgang betrifft, hätte der Offizier davon gesprochen, die Waffen seien für Mannheim bestimmt, wo ein kommunistischer Aufstand drohe. In Adelsheim erlitt einer der Lastwagen Motorschaden, wo der *alte Wachtmeister* den Transport kontrolliert und in Ordnung befunden habe. Als *vaterländisch gesinnter Mann* gestattete Wittmer die Einlagerung. Sein Verwalter, ebenfalls *Offizier und vaterländisch gesinnt*, überwachte die Deponierung, durchgeführt von 20 Soldaten, dem Oberleutnant und einem zweiten Offizier. *Hiernach hatte ich nicht mehr den geringsten Zweifel, dass es sich um eine militärische Angelegenheit handelte, durchgeführt auf höhere militärische Weisung, damit die Entente nichts davon erfährt*. Im Januar erhielt Wittmer ein in Mosbach aufgegebenes Telegramm, die *Kartoffeln* würden bald abgeholt, was aber nicht geschah. Mit den Osterburkener Funden, von denen er erst aus der Presse hörte, hätten die bei ihm gefundenen Waffen nichts zu tun; von *reaktionären oder orgeschistischen Bestrebungen* sei ihm nichts bekannt.

Der Kommandant der Gendarmeriestation Adelsheim, auf den der Oberleut-

nant via Wittmer sich angeblich berufen hatte, bestätigte – es liegt auf der Hand, daß er zu den Eingeweihten gehörte –, es sei am 20. Oktober zwischen 20 und 22 Uhr gewesen, als man ihm meldete, vor dem Gasthaus ›Sonne‹ befänden sich Lastwagen und eine Menge Soldaten. In der Wirtschaft wies ihm ein Oberleutnant den Transportbefehl mit *dem Siegel (Stempelabdruck) des Kriegsministeriums Stuttgart* vor. In Heidelberg solle weiterer Befehl empfangen werden. Der Transport wäre nachts erfolgt, *damit die Bevölkerung sich nicht unnötig aufregt*. Der von dem Gendarmerieoberwachtmeister als Zeuge benannte Wirt offerierte eine Geschichte, die alles Bisherige in den Schatten stellte. Er wisse, neben Oberleutnant und Leutnant bestand die Transportbegleitung aus Zahlmeister, Feldwebel, mehreren Unteroffizieren und zahlreichen Mannschaften. Ein Unteroffizier hätte Schwarz geheißt, ein anderer Meier, *ein Jude; ich weiß dies deshalb, weil die anderen ihn so nannten*. Nicht erst bei der Lektüre des Gendarmerieprotokolls muß den Ermittlern die Verhöhnung bewußt geworden sein. Als am 2. Juni Seligental nochmals durchsucht wurde, wird die Haltung eines nicht geringen Teils der Bevölkerung daran ersichtlich, daß die beiden Maurer ihre Mitwirkung versagten. Wie der Kriminalkommissar nicht ohne Bitterkeit vermerkte, zog man die Ermittlungen ins Lächerliche. Auf Marienhöhe und Dörrhof heiße es, wollte man Misthaufen zeit- und kostensparend umsetzen, müsse man sich nur anonym nach Karlsruhe wenden, Waffen seien versteckt, dann besorge die Regierung diese Arbeit. Die hämischen Witzeleien mochten erbosen, sie änderten nichts daran, daß die Aufdeckung der Waffendepots gelungen war.

Mittlerweile konzentrierte die Aufmerksamkeit sich längst auf Heidelberg. Wie ein Auftakt mutet es an, daß Damm sich in Leserbriefen zu Wort meldete, von denen einer zitiert wird: *Die ›republikanische Staatsverfassung‹ oder aber die Ministersessel scheinen auf recht schwankender Grundlage zu stehen, wenn sie von den ›Reaktionären‹ dauernd Umsturzgefahren annehmen... Die mir untergeschobene Wichtigkeit meiner Persönlichkeit ehrt mich zwar außerordentlich, aber leider verfüge ich über keine Waffen, die ich verbergen könnte. Solche zu verbergen wäre dann allerdings mein Bestreben, aber nicht um die ›republikanische Staatsverfassung‹ oder irgendwelche Minister zu stürzen (denn diese beiden Dinge passen so gut zu dem jetzigen Deutschland, daß ihr Verschwinden nur schade wäre – und später verschwinden sie ganz von selbst durch das Volk), sondern um die offizielle Selbstentmannung des deutschen Reiches und seiner ›Freistaaten‹ möglichst hintanzuhalten.*

Die Ermittler wußten, daß sie mit dem Namen Damm den zur badischen Orgesch führenden Schlüssel in Händen hielten. Oberstaatsanwalt Mehl beantragte am 22. Mai Haftbefehl und erwirkte Überwachung von Post-, Telegramm und Telefonverkehr. Daß Damm sich einer Deckadresse bediente, erwies sich rasch, doch in seiner tatsächlichen Heidelberger Wohnung traf man ihn nicht an; er sei auf Reisen, gab sein Vermieter an. Kein Zufall – Damm hatte von der Entdeckung der Waffen auf dem Osterburkener Bahnhof Kenntnis. Um sich über eventuelle Weiterungen Gewißheit zu verschaffen, begab er sich nach Stuttgart zu Dirlewanger, von dem er erfuhr, die Fahndung erstreckte sich auch auf ihn. Als Dirlewanger

